

Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung.....	505
Nur noch geringe Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme.....	511

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 41/82

Berlin

14. Oktober 1982

49. Jahrgang

*Stöplin*

### Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung Konsequenzen auch für die Rentenreform 1984?

Im Jahr 1983 sollen durch Einsparungen in der gesetzlichen Rentenversicherung Entlastungen des Bundeshaushaltes in Milliardenhöhe erreicht werden<sup>1</sup>. Sinnvoll wäre es freilich, bei diesen Sparbemühungen auch die Erfordernisse der Rentenreform 1984 zu berücksichtigen und die Reformpläne noch einmal grundsätzlich zu überdenken. Dabei sind Lösungen anzustreben, die zu verteilungspolitisch ausgewogenen Einsparungen führen.

#### Kürzung der Rentenerhöhung läßt reale Einkommenseinbußen befürchten

Der Steigerung der Bruttolöhne folgend müßten die Renten, dem Anpassungsrhythmus entsprechend, zum 1. Januar 1983 um 5,6 vH angehoben werden. Würde der Termin, wie es die Pläne der neuen Regierung vorsehen, auf den 1. Juli verschoben, ergäbe sich im Jahresdurchschnitt mit 2,8 vH die niedrigste Zuwachsrates in der Geschichte der dynamischen Rente seit 1959. Damit würden sich die Rentenausgaben 1983 schätzungsweise um 3,7 Mrd. DM verringern.

Die Rentner sollen aber noch eine weitere Verminderung im Anstieg ihres Nettoeinkommens hinnehmen. So soll die seit Jahren stets aufs neue diskutierte und ursprünglich für später vorgesehene Beteiligung der Rentner an den hohen Kosten ihrer Krankenversicherung schon 1983 eingeführt werden. Beabsichtigt ist, vom Juli an nicht um 5,6 vH höhere Renten auszuzahlen, sondern diese nur um 4,6 vH anzuheben; der einbehaltene Betrag von schätzungsweise 0,7 Mrd. DM soll von der

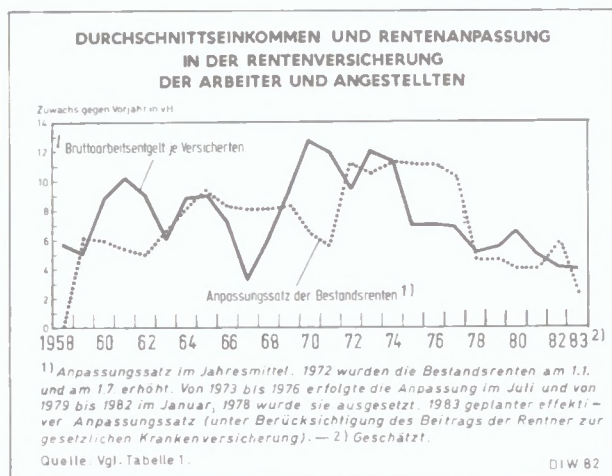
gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) an die gesetzliche Krankenversicherung überwiesen werden. Entlastet würden dadurch jedoch nicht die beitragszahlenden Beschäftigten; vielmehr soll die GRV ihren Beitrag für die Krankenversicherung der Rentner im gleichen Umfang senken und damit eine Verminderung ihres Bedarfs an Bundeszuschüssen ermöglichen. Letztlich handelt es sich also um einen Abbau von Sozialleistungen zum Zweck der Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Die Renten würden damit 1983 lediglich um 2,3 vH steigen. Bei einem über diese Rate hinausgehenden Preisanstieg würden die Sozialrentner eine Senkung ihres Realeinkommens hinnehmen müssen. Betroffen ist eine Bevölkerungsgruppe, die mit etwa 15 vH am gesamten privaten Verbrauch in der Bundesrepublik beteiligt ist.

Die Renten sind mit einem time-lag an die Lohnentwicklung gekoppelt. In der Vergangenheit haben sich sehr unterschiedliche und zumeist gegenläufige Wachstumsraten der beiden Einkommensgrößen ergeben (vgl. Graphik). Die Rentenanpassung hat dabei als „eingebauter Konjunktur-Stabilisator“ gewirkt. Dieser Mechanismus soll nun – wie schon von 1978 bis 1981 – erneut ausgesetzt werden.

Unter verteilungspolitischen Aspekten dürfte die Kürzung der Rentenerhöhung freilich umstritten sein. Seit längerem wird in der öffentlichen Diskussion zu

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Beschlüsse der CDU/CSU und FDP zur Sanierung des Bundeshaushalts 1983 (Wortlaut der Absichtserklärung) vom September 1982.



Recht immer häufiger gefordert, daß die gleichsam abgabenfreien Renten auf Dauer nicht rascher steigen sollten als die Nettoeinkommen der Beschäftigten. Die nun vorgesehenen Maßnahmen können jedoch nicht nur als eine gleichsam notwendige Korrektur an den Folgen der „brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente“ angesehen werden. Schon in den vergangenen Jahren sind die durchschnittlichen Ver-

sichertenrenten infolge diskretionärer Maßnahmen weniger rasch gestiegen als die durchschnittlichen Nettolöhne (vgl. Tabelle 1). Dies kann man auch an der Entwicklung des „Netto-Rentenniveaus“ verfolgen, das üblicherweise als das Verhältnis der „Eckrente“ (die sich nach 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren bei durchschnittlichem Bruttoarbeitsentgelt während des Berufslebens eines Versicherten ergeben würde) zum durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt je Arbeitnehmer in einem bestimmten Kalenderjahr definiert wird. Wie die Tabelle zeigt, ist das Netto-Rentenniveau lange Zeit gestiegen. Es erreichte 1977 seinen Höchstwert und dürfte 1982 um etwa einen Prozentpunkt darunter liegen.

Aus einem Anstieg des *Rentenniveaus* allein kann man freilich, selbst wenn die Entwicklung sich ungebrochen fortgesetzt hätte, nicht die Forderung ableiten, die Rentendynamik müsse von den Bruttolöhnen abgekoppelt werden. Denn es müßte, wollte man aus dieser globalen Meßziffer überhaupt ein Verteilungsziel ableiten, zunächst entschieden werden, welche Relation die Renten zum Lohn erreichen sollen. Nicht nur die demographischen Faktoren sind zu berücksichtigen, sondern es ist auch der Tatsache Rech-

Tabelle 1

**Zur längerfristigen Entwicklung von Renten und Erwerbseinkommen**  
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen

	Nr.	DM je Jahr									Index 1968 = 100	1982/1968 Durchschnitt der jährlichen Zuwachsrate vH
		1968	1970	1976	1977	1978	1979	1980 <sup>1)</sup>	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>2)</sup>		
Durchschnittliche Versichertenrenten <sup>3)</sup>	1	3 810	4 391	8 218	8 980	8 949	9 306	9 609	9 806	10 286	270,0	+7,4
"Eckrente" <sup>4)</sup>	2	5 094	5 868	10 457	11 549	12 097	12 641	13 147	13 672	14 460	283,9	+7,7
Bruttojahresarbeitsentgelt je Versicherten	3	10 842	13 343	23 335	24 945	26 242	27 685	29 485	30 959	32 227	297,2	+8,1
Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer <sup>5)</sup>	4	11 062	13 908	23 677	25 291	26 642	28 144	29 989	31 442	32 730	295,9	+8,1
Nettolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer <sup>5)</sup>	5	8 890	10 778	16 890	17 848	18 990	20 146	21 129	22 070	22 699	255,3	+6,9
		in vH										
"Netto-Rentenniveau"	6 = 2:5	57,3	54,5	61,9	64,7	63,7	62,8	62,2	62,0	63,7	111,2	+0,8
Verhältnis Durchschnittsrente : Bruttoarbeitsentgelt je Versicherten	7 = 1:3	35,1	32,9	35,2	36,0	34,1	33,6	32,6	31,7	31,3	89,2	-0,8
Verhältnis Durchschnittsrente : Nettolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer	8 = 1:5	42,9	40,7	48,7	50,3	47,1	46,2	45,5	44,4	45,3	105,6	+0,4

1) Vorläufiges Ergebnis für die Reihen 4 und 5. - 2) Schätzungen des DIW für die Reihe 3, 4 und 5. - 3) Rentenbestandsaufnahme 1976 und 1977 zum Juli, 1978 interpolierter Wert, eigene Berechnungen. Übrige Jahre Rentenbestandsaufnahme zum Januar. - 4) Jahresrente eines Versicherten, der 40 Versicherungsjahre stets ein Entgelt bezogen hat, das dem Durchschnittsentgelt aller Versicherten entspricht. - 5) Ergebnisse der revidierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: Rentenanpassungsberichte 1970 und 1982; - Verband deutscher Rentenversicherungsträger: Rentenversicherung in Zahlen 1982; - Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1980. In: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1982; - eigene Berechnungen.

nung zu tragen, daß die Einkommen von Rentnerhaushalten sehr unterschiedlich sind. Noch immer hat, wie die Transfer-Enquete-Kommission feststellte, ein erheblicher Teil der älteren Bevölkerung ein Einkommen unterhalb der Sozialhilfegrenze<sup>2</sup>. Globale Ansätze oder gar lineare Rentenkürzungen wären daher verteilungspolitisch äußerst bedenklich, würden doch einkommensschwache Gruppen besonders hart getroffen. Auch muß wohl daran erinnert werden, daß sowohl Rentenversicherungsbeiträge als auch Rentenzahlungen weitgehend steuerfrei sind. Zur Beeinflussung des Rentenniveaus und als Instrument der Differenzierung kommen durchaus andere Möglichkeiten als lineare Senkungen der Anpassungssätze in Frage.

### Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosen?

Das Leistungsniveau in der GRV würde ferner sinken, wenn die geplante Kürzung von bestimmten, für die individuellen Rentenleistungen maßgeblichen Berechnungsfaktoren durchgeführt würde. Die Höhe einer Rente bemißt sich nicht nur nach der Zeit, in der ein Versicherter Beiträge geleistet hat. Den darüber hinaus anrechnungsfähigen Versicherungsjahren (ohne Beitragsleistung) liegen recht heterogene Tatbestände zugrunde: Angerechnet werden z. B. Zeiten der Ausbildung, des Wehrdienstes, der Krankheit oder der Arbeitslosigkeit; sie werden in der „Rentenformel“ mit fiktiven Einkommensfaktoren bewertet<sup>3</sup>. Diese Zeiten haben durchaus Gewicht (vgl. Tabelle 2). Die daraus abgeleiteten Rentenbestandteile sind also – sieht man einmal von der Arbeitslosigkeit und Krankheit ab – nicht beitragsbezogen, sondern es handelt sich um Leistungen mit der Funktion des sozialen Ausgleichs.

Gegen verteilungspolitisch motivierte Kürzungen solcher Leistungen wegen Verknappung der Mittel wären keine Einwände zu erheben. Unter diesem Aspekt muß man aber nach den Tatbeständen unterscheiden, die zur Anrechnung beitragsloser Zeiten führen. Sozialpolitisch vertretbar wäre es gewesen, wie ursprünglich beabsichtigt, der jetzt jungen Generation Ausbildungs- und Wehrdienstzeiten von 1983 an mit 70 vH (statt wie bisher 100 bzw. 75 vH) desjenigen Durchschnittswertes anzurechnen, den Beitragszahler jeweils zur gleichen Zeit an Rentenanwartschaften erwerben. Eine derartige Minderung hätte die Altersruhegeldempfänger in den Jahren etwa von 2020 an betroffen und hätte sich dann – aufgrund der inzwischen erheblich gestiegenen Dauer der Ausbildungszeiten bei den ohnehin durch diese Anrechnung privilegierten Bevölkerungsgruppen – deutlich entlastend auf die Finanzen der GRV ausgewirkt. Die Leistungsminderung wäre im Vergleich zum geltenden Recht, insbesondere im Hinblick auf die bis dahin er-

Tabelle 2  
Bei den Renten anrechnungsfähige Versicherungszeiten  
Durchschnitt für alle Arten von Altersruhegeld  
(Rentenzugang 1979)

	Ins-gesamt	Davon		
		Beitragszeiten	Ohne eigene Beitragsleistung	
	Jahre	Jahre	in vH	
Rentenversicherung der Arbeiter				
Männer	37,5	29,4	8,1	21,6
Frauen	26,1	24	2,1	8,1
Rentenversicherung der Angestellten				
Männer	39,3	30,8	8,5	21,6
Frauen	29,5	27,3	2,2	7,5

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Der Rentenzugang und der Rentenwegfall in der Rentenversicherung der Arbeiter und in der Rentenversicherung der Angestellten im Jahre 1979. - Eigene Berechnungen.

reichbaren Realeinkommenssteigerungen, durchschnittlich gering und würde – was die niedrigere Bewertung der Ausbildungszeiten angeht – auch tendenziell eher Haushalte mit höheren Einkommen treffen.

Sozialpolitisch bedenklich erscheint dagegen die geplante Kürzung der Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Von 1983 an soll die Bundesanstalt für Arbeit an die GRV für Arbeitslose nur noch Beiträge auf der Basis des Arbeitslosengeldes überweisen. Die Bundesanstalt würde hierdurch ihre Ausgaben um schätzungsweise knapp 3 Mrd. DM vermindern; in diesem Umfang würde sich der notwendige Bundeszuschuß verringern. Die GRV hätte 1983 den entsprechenden Einnahmefall; auf die Ausgaben würden sich diese Maßnahmen erst in späteren Jahren auswirken.

Die Zeiten der Arbeitslosigkeit führen nach der gegenwärtigen Regelung nicht zu Einschränkungen der späteren Rente des Betroffenen, da diese Zeiten mit dem Bruttoeinkommen vor der Arbeitslosigkeit bewertet werden. Die nun beabsichtigte Halbierung der entsprechenden Wertfaktoren (die Basis soll das Arbeitslosengeld bilden, das 68 vH des früheren Nettoeinkommens beträgt) würde bei längerer Zeit der Arbeitslosigkeit – insbesondere, wenn die Beitragszeiten kurz waren – zu fühlbaren Rentenminderun-

<sup>2</sup> Transfer-Enquete-Kommission: Zur Einkommenslage der Rentner. Zwischenbericht. Bonn 1979, S. 99 f.

<sup>3</sup> Das Altersruhegeld wird als Produkt der folgenden vier Faktoren berechnet: Allgemeine Bemessungsgrundlage X Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre X 1,5 X persönliche Bemessungsgrundlage. Letztere spiegelt (mit gewissen Einschränkungen) die Stellung des Versicherten in der Einkommenshierarchie während des Berufslebens, aber auch die gesetzlich vorgeschriebene Bewertung der beitragslosen Zeiten wider.

gen führen<sup>4</sup>. Die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen ist verteilungspolitisch deshalb abzulehnen, weil das Risiko der Arbeitslosigkeit ungleich verteilt ist und die finanziellen Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit nicht willkürlich vom Staat auf persönlich Betroffene abgewälzt werden dürfen. Im übrigen würde eine dauerhafte Entlastung der öffentlichen Haushalte dann nicht erreicht werden, wenn an die Stelle der gekürzten Rentenansprüche – was zumindest für viele Betroffene wahrscheinlich ist – Sozialhilfeleistungen treten würden.

### Konsequenzen der Sparpolitik auch für die Rentenreform 1984?

Ob bzw. in welcher Weise sich die Sparpolitik auf die Pläne zur bereits 1984 anstehenden Reform des Hinterbliebenenrechts auswirken wird, ist gegenwärtig nicht bekannt. Konsequenter wäre es, mit Rücksicht auf das Ziel der Haushaltskonsolidierung die früher erklärte Absicht aller großen Parteien fallen zu lassen, die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichbehandlung von Mann und Frau bei der Witwen(r)versorgung durch die Einführung der „Teilhabe-Rente“ anzustreben. Denn dieser Reformansatz ist nicht kostenneutral, sondern bringt zusätzliche Ausgaben. Er basiert darauf, daß erwerbstätig gewesene Versicherte eigene Rentenansprüche ungekürzt behalten, darüber hinaus „teilhaben“ am Rentenanspruch des gestorbenen Ehepartners, soweit dessen Anspruch in Relation zum eigenen nicht besonders niedrig ist. Die „Teilhabe-Rente“ des Hinterbliebenen soll 70 vH der Summe der von beiden Partnern durch Berufstätigkeit erworbenen Renten (Versichertenrenten) betragen<sup>5</sup>.

Die mittlerweile vorliegenden Ergebnisse von umfangreichen Untersuchungen<sup>6</sup> über die Auswirkungen der Teilhabe-Rente lassen darauf schließen, daß der Beitragssatz nach einer vollständigen Umstellung auf das neue Recht der Hinterbliebenenversorgung um etwa einen halben Prozentpunkt angehoben werden müßte. Es wären aber außerdem für eine längere Zeit Übergangsregelungen erforderlich, die zusätzliche Kosten mit sich brächten. Denn die Teilhabe-Rente ließe sich in der bisher offiziell favorisierten Version nicht von einem Jahr auf das andere an die Stelle der geltenden Regelungen setzen, soll nicht der Grundsatz des Vertrauensschutzes verletzt werden. Die geplanten Änderungen würden nämlich keineswegs die Einkommenssituation aller Witwen verbessern. Ein relativ großer Kreis von berufstätig gewesenen Frauen müßte vielmehr Einbußen hinnehmen. Die Teilhabe-Rente wäre, unabhängig vom Einkommensniveau, immer dann geringer als die bisherige Versorgung, wenn die eigene Rente – selbst eine kleine – größer

als 56 vH der Witwenrente ist<sup>7</sup>. Das Ausmaß der Verminderung der Gesamtrente wäre noch größer, wenn – wie gelegentlich erwogen – ein „Teilhabetesatz“ von 65 vH festgesetzt würde. Die Ergebnisse der Stichprobenerhebung, die im Rahmen der Vorbereitung für die Reform durchgeführt wurde<sup>8</sup>, deuten darauf hin, daß ohne entsprechende Übergangsregelungen die Fälle, bei denen eine „Übersorgung“ der verwitweten „Doppelrentnerinnen“ eine Kürzung der Gesamtversorgung rechtfertigen würden, relativ selten sind. Das liegt daran, daß die Versichertenrenten verwitweter Frauen meistens niedrig sind und erst zusammen mit der Witwenrente überhaupt eine ausreichende Gesamtversorgung gewährleisten.

Für Frauen, die 1980 sowohl eine Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten erhielten als auch eine Witwenrente, ergeben sich 1982 folgende Durchschnittsbeträge<sup>9</sup>:

Versichertenrenten	418 DM
Witwenrenten	761 DM
zusammen	1 179 DM

<sup>4</sup> Wenn dem Betroffenen insgesamt 20 Versicherungsjahre angerechnet werden und er vor seiner Arbeitslosigkeit gerade das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt während aller seiner Berufsjahre erreicht hatte, ergibt sich bei einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 2 Jahren eine Minderung der Rente um 5 vH.

<sup>5</sup> Vgl. näher: Verteilungs- und familienpolitische Aspekte der Pläne zur Rentenreform 1984. Bearb.: Ellen Kirner. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 20/1980, S. 209 f.

<sup>6</sup> Hans-Jürgen Krupp u. a. (Hrsg.): Alternativen der Rentenreform '84. Frankfurt, New York 1981. – Sabine Jonas, Horst-Wolf Müller, Walter Steeger: Erste Ergebnisse der Stichprobenerhebung zur Reform 1984. In: Deutsche Rentenversicherung, Hefte 7/1981, 1-2/1982, 4-5/1982, 6/1982.

<sup>7</sup> Die Reform bleibt nur dann ohne finanzielle Auswirkungen, wenn die Rente des Mannes ( $R_M$ ) das Dreifache der Eigenrente der Frau ( $R_F$ ) betrug:

$$0,6 R_M + R_F = 0,7 (R_M + R_F)$$

$$R_M : R_F = 3 : 1$$

Bei niedrigen Eigenrenten erhalten die Witwen mehr (bis hin zum Maximum von + 16,67 vH für Witwen ohne Eigenrente); bei höheren Eigenrenten verringern sich die Bezüge gegenüber geltendem Recht um bis zu 20 vH.

Die Einbußen betragen maximal rund 20 vH, da die Gesamtrente nicht kleiner sein soll als die Eigenrente der Frau. Das Maximum ergibt sich aus

$$R_F = 0,7 (R_M + R_F),$$

das bedeutet

$$R_M : R_F = 3 : 7 \quad \text{oder} \quad R_M = 3/7 R_F.$$

Die hier entstehende Differenz beträgt dann

$$\Delta R_F = (0,6 \cdot R_M + R_F) - R_F = 0,6 \cdot 3/7 R_F = 0,257 R_F$$

oder bezogen auf die Renten nach geltendem Recht

$$\Delta R_F = \frac{0,6 \cdot 3/7}{1 + 0,6 \cdot 3/7} \cdot (0,6 R_M + R_F) = 0,2045 (0,6 R_M + R_F).$$

<sup>8</sup> Die Stichprobe wurde vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger erhoben und ausgewertet. Vgl. Sabine Jonas, Horst-Wolf Müller, Walter Steeger. A.a.O. (vgl. Anmerkung 6).

<sup>9</sup> Ergebnisse der Stichprobenerhebung zur Rentenreform. In: Sabine Jonas, Horst-Wolf Müller, Walter Steeger. A.a.O. (vgl. Anm. 6) Heft 1-2/1982, S. 40.

Zumindest für die Frauen, die in der näheren Zukunft Rentnerinnen werden – also etwa die heute 50jährigen, die kaum noch eine Chance haben, sich auf die neue Form der Alterssicherung einzustellen –, und für die heutigen Rentnerinnen müßte man wohl ein Wahlrecht auf die jeweils günstigere Regelung nach bisherigem oder neuem Recht einräumen.

Für die vielen Witwen ohne eigene Rentenansprüche würde dagegen die Einführung der Teilhabe-Rente eine erhebliche Aufbesserung der Einkommenssituation mit sich bringen. Je geringer die durch eigene Beitragsleistungen erworbenen Ansprüche sind, desto mehr wirkt sich die vorgesehene Anhebung der bisherigen Witwenrenten (von 60 auf 70 vH der Rente des verstorbenen Ehemannes) auf die Versorgung aus<sup>7</sup>. Diese Anhebung erklärt den Hauptteil der zusätzlichen Kosten. Der nicht durch Eigenleistungen gedeckte Teil der Renten würde dann noch höher sein als bisher<sup>10</sup>. Das von den jetzt verantwortlichen Politikern ausdrücklich betonte Ziel der „strengen Beitragsbezogenheit der Rente“<sup>11</sup> würde also durch die Einführung des neuen Hinterbliebenenrechts noch mehr verfehlt.

Allein im Hinblick auf die zusätzlichen Kosten bei angespannter Finanzlage erscheint es als angebracht, die Rentenreform auf einen späteren Zeitpunkt als 1984 zu verschieben und andere als die bisher favorisierten Lösungen für die vom Verfassungsgericht gestellte Aufgabe noch einmal aufzugreifen. Gerade in einer Zeit, in der Opfer auch von sozial schwachen Gruppen verlangt werden, ist es mehr als fragwürdig, durch das Rentenrecht, das für lange Zeit in der Zukunft Besitzstände schafft, zusätzliche Leistungen ohne Rücksicht auf den Bedarf zu gewähren. Denn bei diesen Leistungen handelt es sich um echte Umverteilungen, weil sie nicht auf Beiträgen beruhen. Die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete juristische Ungleichbehandlung von Männern und Frauen könnte dennoch zum vorgesehenen Termin durch eine minimale Änderung des Rentenrechts im Sinne einer Übergangsregelung beseitigt werden: Sowohl Männer als auch Frauen erhalten Witwer- bzw. Witwenrenten, sofern eine bestimmte, relativ hoch anzusetzende Gesamtversorgung aus der GRV nicht überschritten wird. Die formale Bevorzugung von Frauen – Renten für Witwer sind der Ausnahmefall – wäre dann nicht mehr gegeben.

Würde man auf die Einführung der Teilhabe-Rente verzichten, könnte auch der Plan fallen gelassen werden, die Beitragssätze 1984 generell um einen halben Prozentpunkt anzuheben. Dies schließt nicht aus, daß man das Problem vorhersehbarer weiterer Finanzierungsschwierigkeiten auch auf der Einnahmen- und nicht nur auf der Leistungsseite zu lösen versucht.

Es sei daran erinnert, daß bisher – und stärker wäre dies noch bei der Teilhabe-Rente der Fall – Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung für nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Ehefrauen sehr „kostengünstig“, nämlich ohne zusätzliche Beitragszahlung erworben werden. Derjenige, der einen Hinterbliebenenanspruch für seine Angehörigen erwirbt, zahlt denselben Beitragssatz wie ihn auch alle übrigen (nicht durch eine zusätzliche Risikoabdeckung begünstigten) Versicherten zahlen müssen. Dies macht die Hinterbliebenenversorgung für die Gemeinschaft der übrigen Beitragszahler teuer. In einer Zeit knapper Mittel und vorhersehbarer weiterer Finanzierungsschwierigkeiten wäre es nun durchaus zu befürworten, wenn man die Kosten für das Hinterbliebenenrisiko in einer verteilungspolitisch vertretbaren Weise umschichtete, indem man die Lasten dieses Risikos – wie man das jetzt auch beim Risiko der Arbeitslosigkeit tun will – wieder etwas stärker „individualisierte“. Dies wäre ohne soziale Härten auf die folgende Weise möglich: Verheiratete, die keine Kinder haben oder deren Kinder erwachsen sind, würden verpflichtet, für den nicht oder nicht voll erwerbstätigen Partner bis zu einer Mindestgrenze eine eigene Versicherung aufzubauen und dafür Beiträge zu zahlen. Bei Ehepaaren mit erwachsenen Kindern bedeutete dies, daß bei den heutigen Geburtenverhältnissen etwa vom 45. Lebensjahr des nicht (voll) Erwerbstätigen an eine derartige Versicherungspflicht begänne.

Gegen die Einführung einer Beitragsbelastung für solche „Hausfrauenehen“ wird häufig eingewendet, daß dies gerade wegen des fehlenden oder nur geringen zweiten Erwerbseinkommens unzumutbar sei oder die Erwerbstätigkeit der Hausfrau erzwänge. Diese Einwände sind unzutreffend. Denn es sollte bedacht werden, daß die Belastung erst in einer Phase einsetzen soll, in der das Ehepaar nicht mehr oder kaum noch die sonst erheblichen Kosten der Kindererziehung tragen muß. Gründliche empirische Untersuchungen lassen erkennen, daß die Einkommenssituation dieser Haushalte eine zusätzliche Belastung in der Regel zumutbar erscheinen läßt<sup>12</sup>. Generelle Beitragserhöhungen würden dagegen auch jüngere Familien mit Kindern treffen, was verteilungspolitisch eher als bedenklich erschiene. Im übrigen könnte das System durchaus so ausgestaltet werden, daß soziale Härten vermieden würden<sup>12</sup>.

<sup>10</sup> Um die „Beitragsäquivalenz“ von Renten zu messen, gibt es unterschiedliche Verfahren. Vgl. z. B.: Hans-Jürgen Krupp u. a. (Hrsg.), a.a.O. S. 271 ff. – Die umfangreichen Berechnungen im Rahmen dieser Untersuchung zeigen, daß die auf verschiedene Weise berechnete Beitragsäquivalenz der Renten durch die Einführung der Teilhabe-Rente sinken würde (a.a.O. S. 475 ff.).

<sup>11</sup> Wortlaut der Beschlüsse zur Sanierung ..., a.a.O. Zf V, 7.

<sup>12</sup> Hans-Jürgen Krupp u. a. (Hrsg.): Alternativen ..., a.a.O. S. 116 ff. und 411 ff.

Wenn man die Beitragspflicht für nicht oder nicht ausreichend selbst versicherte Ehepartner in den nächsten Jahren stufenweise einführt, wobei dies hinsichtlich der kinderlosen Familien nur für noch junge Menschen oder neue Ehen in Frage käme, würden der GRV zusätzliche Einnahmen zufließen. Dies könnte durchaus zur Konsolidierung beitragen. Für die gleichen Jahrgänge, für die eine solche eigenständige Versicherung eingeführt wird, kann dann das System der Hinterbliebenenversorgung umgestellt werden, indem die Witwenrente nicht mehr in der herkömmlichen, sondern auf folgende Weise bemessen wird:

Auf der Basis der – in der Regel langen – Zeit der Kindererziehung zahlt die GRV weiterhin eine Hinterbliebenenversorgung, die „kostenlos“, d. h. ohne zusätzliche Beitragsleistung, erworben worden ist. Dies ist von der Sache her identisch mit der Anrechnung beitragsloser Zeiten bei der Rente der Frau aufgrund des (neu einzuführenden) Tatbestands „Kindererziehung“. Dieser Teil der Hinterbliebenenversorgung

würde ergänzt durch die Rente aufgrund der eigenen Beitragsleistung. Das System könnte so ausgestaltet werden, daß der hinterbliebene Ehepartner jeweils 70 vH der zuvor von beiden Partnern gemeinsam erworbenen Gesamtversorgung erhält.

Im Prinzip brauchte sich bei einer derartigen Neuregelung am Niveau der Hinterbliebenenversorgung aller Witwen nichts zu ändern. Der wesentliche Unterschied zum geltenden Recht läge darin, daß ein größerer Teil dieser Leistungen durch eigene Beiträge der jeweils begünstigten Versicherten finanziert wird. Dadurch würde das Ziel der „Beitragsbezogenheit“<sup>13</sup> auch bei der Hinterbliebenenrente stärker berücksichtigt. Zudem würde die von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen geforderte Anerkennung der Leistung der Kindererziehung im Rentenrecht eingeführt.

---

<sup>13</sup> Wortlaut der Beschlüsse zur Sanierung ..., a.a.O. Zf. V, 7.

# Nur noch geringe Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme

## Beschäftigung und Einkommen

### der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

#### im zweiten Quartal 1982

Die Lage am Arbeitsmarkt ist im zweiten Vierteljahr schlechter geworden, obwohl sich der Rückgang der Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber der Periode davor etwas abgeschwächt haben. Immerhin waren Ende Juni 1982 über 500 000 Arbeitslose mehr bei den Arbeitsämtern gemeldet als zur gleichen Zeit des Vorjahres<sup>1</sup>. Das schon seit längerem sehr niedrige Stellenangebot hat sich weiter vermindert. Binnen Jahresfrist hat sich die Zahl der offenen Stellen – auf 118 000 – abermals halbiert. Berücksichtigt man hierbei das beträchtliche regionale Gefälle und die Konzentration des Angebots auf bestimmte qualifizierte Berufe, so bietet der Arbeitsmarkt für die meisten Stellensuchenden zur Zeit keinerlei Chancen.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich vergleichsweise weniger ungünstig entwickelt. Gegenüber dem Höhepunkt im Februar (587 000) war bis Ende Juni 1982 ein Rückgang auf 429 000 zu verzeichnen; die Kurzarbeiterzahl war dennoch um 110 000 höher als ein Jahr zuvor.

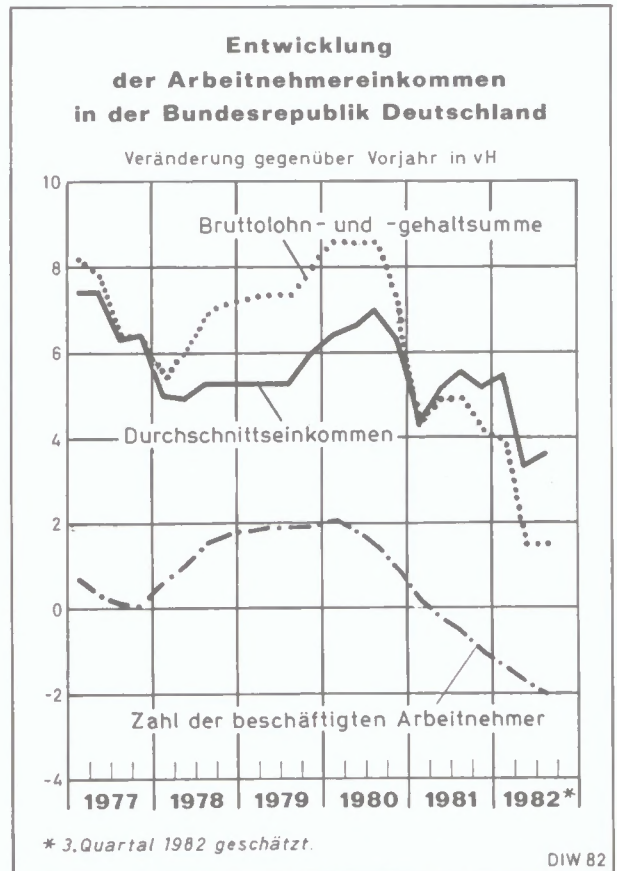
Wie Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit ausweisen, nimmt der Anteil der Jugendlichen an der weiter steigenden Arbeitslosigkeit zu, während der der Schwerbeschädigten und älteren Arbeitslosen relativ sinkt. In diesem Zusammenhang ist ein Bericht der Nürnberger Anstalt zur Lage und Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt aufschlußreich<sup>2</sup>. Danach hat sich die Diskrepanz zwischen angebotenen und gesuchten Lehrstellen deutlich vergrößert. Die Zahl der den Arbeitsämtern von Wirtschaft und Verwaltung gemeldeten Ausbildungsstellen ist von Oktober 1981 bis Juni 1982 um 8 vH zurückgegangen, während die der gemeldeten Bewerber um 16 vH zugenommen hat. Zur Mitte des Jahres 1982 standen dabei knapp 80 000 unbesetzten Ausbildungsstellen fast doppelt soviel – nämlich 142 000 – noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Hemmnisse für einen besseren Ausgleich bilden nach dieser Untersuchung auch regionale Unterschiede: In einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken, die sich ausschließlich in Süddeutschland befinden, ist ein Überschuß an angebotenen Plätzen zu registrieren. Bemerkenswert ist auch, daß im ganzen Bundesgebiet für die Bau- und Ernährungsberufe mehr Ausbildungsstellen angeboten wurden als Bewerber vorhanden waren.

#### Beschäftigung

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl hat sich im zweiten Vierteljahr vermindert, nachdem er sich in den vorangegangenen Quartalen von Anfang 1981 an laufend verstärkt hatte. Saisonbereinigt war die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 106 000 (im ersten Quartal um 130 000) niedriger als im Quartal zuvor.

<sup>1</sup> Die Quantifizierung der saisonbereinigten Entwicklung der Arbeitslosigkeit wirft für das zweite Quartal Probleme auf. Die beiden wichtigsten in der Bundesrepublik angewendeten Verfahren – das eine vom Statistischen Bundesamt, das andere von der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit – zeigen im Ergebnis einen unterschiedlich starken Anstieg. Offenbar führen derartig große Niveausprünge in einer Zeitreihe, wie sie nun wiederum seit Jahresbeginn 1980 bei der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen sind, zu Erschwernissen der laufenden Analyse.

<sup>2</sup> Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Nr. 8/1982. Bericht zur Lage und Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt – Zwischenbilanz Ende Juni 1982.



**Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup> im 2. Quartal 1982**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszubildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszubildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	182	124	25	33	84	64	7	13	266	-2,7	-2,3	-2,6
Bergbau	227	172	39	16	7	2	5	0	234	0,0	.	0,0
Energiewirtschaft	197	126	64	7	24	6	18	0	221	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe 3)	5 755	3 796	1 496	463	2 511	1 569	776	166	8 266	-3,4	-3,1	-3,3
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	1 226	852	326	48	286	129	139	18	1 512	-3,6	-2,7	-3,4
Investitionsgüter	3 115	1 971	851	293	1 055	627	371	57	4 170	-2,4	-1,5	-2,2
Verbrauchsgüter	960	683	212	65	835	641	148	46	1 795	-5,9	-5,5	-5,7
Nahrungs-u. Genußmittel	454	290	107	37	335	172	118	45	789	-3,4	-1,8	-2,7
Baugewerbe	1 295	994	138	163	107	13	83	11	1 402	-8,5	-2,7	-8,1
Produzierendes Gewerbe	7 474	5 088	1 737	649	2 649	1 590	882	177	10 123	-4,1	-3,0	-3,8
Handel	1 280	458	642	180	1 494	213	1 041	240	2 774	-1,9	-0,8	-1,3
Verkehr 4)	1 173	521	597	55	268	85	170	13	1 441	-0,2	0,8	0,0
Handel und Verkehr	2 453	979	1 239	235	1 762	298	1 211	253	4 215	-1,1	-0,6	-0,9
Öffentlicher Dienst 5)	2 472	401	2 025	46	1 329	235	1 043	51	3 801	0,7	1,8	1,1
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	423	13	358	22	391	28	320	43	814	0,2	0,8	0,5
Gaststättenwesen	159	85	90	54	295	157	126	12	494	0,0	0,0	0,0
Häusliche Dienste	1	-	1	-	244	156	77	11	245	.	-0,8	-0,8
Dienstleistungshandwerk 6)	97	66	15	16	475	277	121	77	572	0,0	1,5	1,2
Sonstige Dienstleistungen 7)	434	92	300	42	957	199	668	90	1 391	0,7	0,8	0,8
Dienstleistungen, gesamt	3 586	657	2 749	180	3 691	1 052	2 355	284	7 277	0,6	1,1	0,8
Insgesamt	13 695	6 848	5 730	1 097	8 186	3 004	4 455	727	21 881	-2,4	-0,7	-1,7
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) 8)												
Land- und Forstwirtschaft	1 000	694	257	49	352	284	49	19	1 352	2,1	2,6	2,3
Bergbau	2 252	1 591	621	40	63	14	49	0	2 315	3,9	.	4,0
Energiewirtschaft	1 983	1 164	805	14	207	38	169	0	2 190	5,1	5,6	5,2
Verarbeitendes Gewerbe 3)	55 888	33 303	21 829	756	16 020	8 955	6 802	263	71 908	0,7	1,4	0,8
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	13 122	7 828	5 210	84	2 197	799	1 367	31	15 319	1,5	3,4	1,8
Investitionsgüter	30 868	17 801	12 593	474	7 472	3 933	3 450	89	38 340	0,8	1,9	1,0
Verbrauchsgüter	8 097	5 291	2 697	109	4 633	3 351	1 208	74	12 730	-1,3	-1,0	-1,2
Nahrungs-u. Genußmittel	3 801	2 383	1 329	89	1 718	872	777	69	5 319	1,3	3,0	1,8
Baugewerbe	11 542	9 480	1 757	305	697	82	595	20	12 239	-5,6	1,5	-5,2
Produzierendes Gewerbe	71 665	45 538	25 012	1 115	16 987	9 089	7 615	283	88 652	-0,2	1,4	0,1
Handel	10 160	3 168	6 711	281	8 387	1 123	6 901	363	18 547	2,6	4,1	3,3
Verkehr 4)	9 772	4 097	5 380	95	1 818	431	1 365	22	11 590	1,7	3,2	1,9
Handel und Verkehr	19 932	7 265	12 291	376	10 205	1 554	8 266	385	30 137	2,2	4,0	2,8
Öffentlicher Dienst 5)	24 066	3 020	20 966	80	10 592	1 171	9 333	88	34 658	1,5	2,5	1,8
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	4 093	103	3 891	99	2 811	159	2 571	81	6 904	5,4	6,2	5,7
Gaststättenwesen	1 079	558	484	37	1 404	687	699	18	2 483	3,9	4,2	4,1
Häusliche Dienste	7	-	7	-	1 024	603	407	14	1 031	.	3,5	3,5
Dienstleistungshandwerk 6)	549	382	144	23	2 019	1 183	726	110	2 568	4,0	5,8	5,4
Sonstige Dienstleistungen 7)	3 671	643	2 961	67	5 058	969	3 949	140	8 729	4,6	5,0	4,8
Dienstleistungen, gesamt	33 465	4 706	28 453	306	22 908	4 772	17 685	451	56 373	2,4	3,9	3,0
Insgesamt	126 062	58 203	66 013	1 846	30 452	15 699	33 615	1 138	176 514	0,9	3,1	1,5
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 832	1 866	3 427	495	1 397	1 479	2 333	487	1 694	5,0	5,1	5,0
Bergbau	3 367	3 083	5 308	833	3 000	2 333	3 267	.	3 298	3,9	.	4,0
Energiewirtschaft	3 355	3 079	4 193	667	2 875	2 111	3 130	.	3 303	5,1	5,6	5,2
Verarbeitendes Gewerbe 3)	3 237	2 924	4 864	544	2 127	1 902	2 922	528	2 900	4,2	4,5	4,3
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	3 568	3 063	5 327	583	2 561	2 065	3 278	574	3 377	5,4	6,3	5,4
Investitionsgüter	3 303	3 010	4 933	539	2 361	2 091	3 100	520	3 065	3,3	3,4	3,3
Verbrauchsgüter	2 811	2 582	4 241	559	1 830	1 743	2 721	536	2 364	4,8	4,8	4,8
Nahrungs-u. Genußmittel	2 791	2 739	4 140	520	1 709	1 690	2 195	511	2 332	4,9	4,8	4,7
Baugewerbe	2 971	3 179	4 244	624	2 171	2 103	2 390	606	2 910	3,2	4,3	3,2
Produzierendes Gewerbe	3 196	2 983	4 800	573	2 138	1 905	2 878	533	2 919	4,1	4,6	4,1
Handel	2 646	2 306	3 484	520	1 871	1 757	2 210	504	2 229	4,6	5,0	4,7
Verkehr 4)	2 777	2 621	3 116	576	2 261	1 690	2 676	564	2 681	1,9	2,5	1,9
Handel und Verkehr	2 709	2 474	3 307	533	1 931	1 738	2 275	507	2 383	3,3	4,6	3,7
Öffentlicher Dienst 5)	3 245	2 510	3 451	580	2 657	1 661	2 983	575	3 039	0,7	0,7	0,7
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 225	2 641	3 623	635	2 396	1 893	2 678	628	2 827	5,2	5,4	5,2
Gaststättenwesen	2 262	2 188	3 227	514	1 586	1 459	1 849	500	1 823	3,9	4,2	4,1
Häusliche Dienste	2 333	-	2 333	-	1 399	1 288	1 762	424	1 403	.	4,4	4,4
Dienstleistungshandwerk 6)	1 887	1 929	3 200	479	1 417	1 424	2 000	476	1 497	4,0	4,2	4,1
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 820	2 330	3 290	532	1 762	1 623	1 971	519	2 092	3,9	4,1	4,0
Dienstleistungen, gesamt	3 111	2 388	3 450	567	2 069	1 512	2 503	529	2 582	1,8	2,8	2,1
Insgesamt	3 068	2 833	3 827	561	2 054	1 742	2 515	522	2 689	3,3	3,7	3,3

1) Einschl. Heinarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonst. Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. - 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltsumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung. - Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1</sup>**  
in 1 000 Personen

	1979		1980				1981				1982	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Land- u. Forstwirtschaft	275	276	277	277	278	278	277	275	273	272	271	268
Produzierendes Gewerbe	10 621	10 673	10 732	10 749	10 726	10 685	10 617	10 551	10 481	10 369	10 238	10 147
dar.: Verarb. Gewerbe	8 646	8 685	8 727	8 744	8 725	8 684	8 629	8 573	8 517	8 440	8 361	8 294
Baugewerbe	1 526	1 538	1 557	1 556	1 548	1 547	1 533	1 522	1 509	1 473	1 420	1 397
Handel und Verkehr	4 190	4 202	4 216	4 228	4 243	4 254	4 257	4 257	4 247	4 238	4 232	4 220
Dienstleistungen	6 976	7 018	7 058	7 090	7 113	7 141	7 172	7 210	7 241	7 263	7 272	7 270
Beschäftigte, gesamt	22 062	22 168	22 283	22 344	22 360	22 358	22 323	22 292	22 242	22 142	22 012	21 906

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken

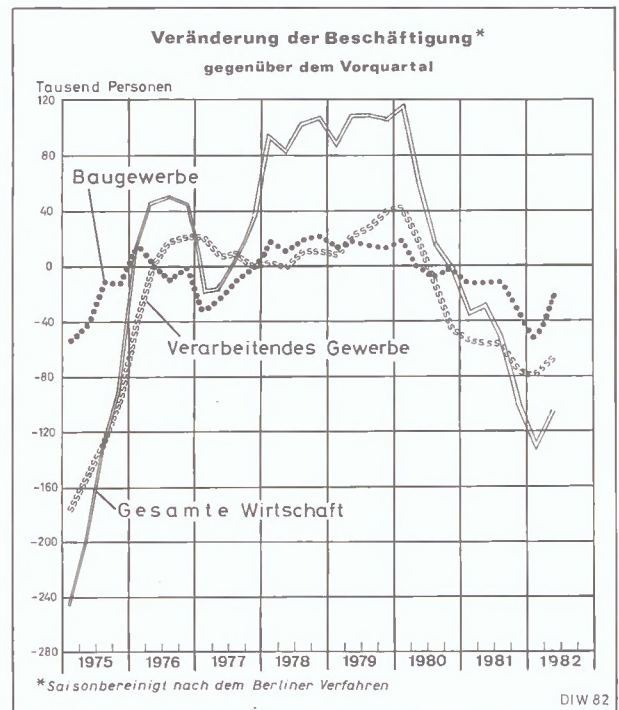
Der Vorjahresstand wurde um 386 000 bzw. um 1,7 vH unterschritten. Die seit längerem zu beobachtende Tendenz, daß die Arbeitslosigkeit stärker steigt als die Beschäftigung sinkt, hat sich erheblich abgeschwächt. Dies deutet möglicherweise darauf hin, daß nun vermehrt arbeitslose Erwerbspersonen auf eine Registrierung bei den Arbeitsämtern verzichten und damit – statistisch – aus dem Arbeitskräftepotential ausscheiden.

Betrachtet nach Wirtschaftsbereichen war der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe am stärksten. Lediglich im Bergbau hat die Beschäftigung stagniert, wie dies schon in den vorangegangenen Quartalen zu beobachten gewesen war. In absoluten Größen hat sich die Abnahme im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 10 000) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (- 6 000) spürbar verringert, während sie im Investitionsgütergewerbe (- 24 000) und im Verbrauchsgütergewerbe (- 26 000) annähernd gleich geblieben ist.

Spiegelbildlich zur Entwicklung in den Hauptbereichen läßt auch die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Branchen deutliche Unterschiede erkennen. So kam die günstige Entwicklung im Straßenfahrzeugbau, der im Vorquartal als einziger Zweig noch eine Beschäftigtenzunahme aufwies, rasch wieder zum Stillstand, so daß im zweiten Vierteljahr in allen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes die saisonbereinigte Beschäftigtenzahl rückläufig gewesen ist. Deutlich abgeschwächt hat sich der Beschäftigtenrückgang in der Elektrotechnik (von 11 000 auf 5 000) und im Ernährungsgewerbe (von 7 000 auf 3 000). Fast gleich stark geblieben ist der Rückgang im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie in der Holzverarbeitung (mit jeweils 4 000). Verschlechtert hat sich dagegen die Beschäftigtenlage im chemischen

Gewerbe (- 3 000), wo im Vorquartal der Personalbestand noch konstant geblieben war.

Auf die äußerst ungünstige Lage in der Bauwirtschaft ist schon in mehreren vorangegangenen Berichten hingewiesen worden. Der drastische Beschäftigungsrückgang (im Vorquartal saisonbereinigt 53 000 Personen) hat sich erwartungsgemäß nicht mit gleicher Stärke fortgesetzt (24 000). Der Vorjahresstand wurde dabei abermals um 8 vH unterschritten. Immerhin werden im Jahresdurchschnitt 1982 rund 180 000 Beschäftigte weniger im Baugewerbe arbeiten als zu



Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen<sup>2</sup>

	1979				1980				1981				1982	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Zunahme gegenüber Vorjahr in vH														
Arbeiter														
effektiv	5,1	5,7	6,5	8,4	9,2	7,1	7,6	5,4	2,1	5,5	5,0	5,2	5,8	3,0
tariflich 3)	6,0	5,8	5,1	5,1	4,2	6,6	7,5	7,5	7,3	6,0	4,9	4,8	4,6	4,5
Angestellte														
effektiv	6,3	5,6	5,7	6,1	5,8	7,5	7,4	7,3	5,9	5,6	5,9	5,0	5,2	3,9
tariflich 3)	5,4	5,2	4,6	4,5	3,8	6,1	6,8	6,8	6,8	4,1	4,8	4,9	4,7	4,8
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	-0,9	-0,1	+1,4	+3,3	+5,0	+0,5	+0,1	-2,1	-5,2	-0,5	+0,1	+0,4	+1,2	-1,5
Angestellte	+0,9	+0,4	+1,1	+1,6	+2,0	+1,4	+0,6	+0,5	-0,9	+1,5	+1,1	+0,1	+0,5	-0,9
1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. - 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst, bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. - 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres. Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 4.3, Index der Tariflöhne und -gehälter, Berechnungen des DIW														

Beginn des Abschwungs im Jahr 1980<sup>3</sup>. Vieles spricht dafür, daß sich in der zweiten Jahreshälfte der Beschäftigtenrückgang weiter abschwächt. Die niedrigeren Zinsen werden dazu beitragen, daß zumindest im Wohnungs-, aber auch im Wirtschaftsbau die Auftrageingänge wieder zunehmen werden.

Im Handel werden die Rückwirkungen aus der anhaltenden Absatzflaute auf die Nachfrage nach Arbeitskräften jetzt deutlicher erkennbar. Im Berichtsquartal hat sich zwar die Abnahme der Beschäftigung - um 11 000 - noch in Grenzen gehalten. In der kommenden Zeit muß aber mit einem beträchtlich stärkeren Rückgang gerechnet werden. Im Verkehrsbereich stagnierte die Beschäftigung weiter. Bei Bundesbahn und Bundespost nahm sie leicht zu, im privaten Verkehrsbereich ab.

Eine Abschwächung der Nachfrage nach Arbeitskräften in den Dienstleistungsbereichen ist nun schon seit einiger Zeit zu beobachten. Anders als in früheren Perioden der Konjunkturschwäche geht von hier kein kompensierender Einfluß mehr aus. Eher muß mit einem prozyklischen Verhalten auch hier gerechnet werden; in Zukunft dürfte es zu größeren Beschäftigungseinbußen kommen. Im öffentlichen Dienst war - saisonbereinigt - im Berichtsquartal noch eine leichte Zunahme (5 000), in den privaten Dienstleistungen dagegen eine geringe Abnahme (- 5 000) zu verzeichnen.

Mit weiter steigender Arbeitslosigkeit ist offensichtlich das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes noch unterschiedlicher als bisher verteilt. So ist im Berichtsquartal die Zahl der beschäftigten Arbeiter gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 3,5 vH zurückgegangen, während die der Angestellten - und der

Beamten - sich noch auf dem Vorjahresstand halten konnte. Rückläufig (- 1,9 vH) war auch die Zahl der Auszubildenden, die bis zu Beginn des vergangenen Jahres über längere Zeit sehr hohe Zuwachsraten aufgewiesen hatte. Im produzierenden Gewerbe war neben der besonders stark sinkenden Zahl der Arbeiter (- 4,9 vH) auch eine leichte Abnahme der Angestelltenzahl (- 1,1 vH) zu registrieren. Im Dienstleistungsbereich war dagegen sogar eine geringe Zunahme der Zahl der Lohnempfänger (+ 0,5 vH) zu verzeichnen.

**Durchschnittseinkommen**

Die durchschnittlichen Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer haben im Berichtsquartal mit 3,3 vH (Vorjahresvergleich) erheblich schwächer als im Vorquartal zugenommen. Dies ist einmal den niedrigeren Ab-

<sup>3</sup> Vgl. Anhaltender Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1982.

**Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1980		1981				1982	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verarb.Gewerbe 1)	-1,2	-2,4	-4,3	-1,7	-0,7	+0,1	+0,7	+0,8
Bauhauptgewerbe	-2,4	-10,2	-16,5	-0,2	-0,1	-2,7	-0,2	-1,3

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1, Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe; Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1980	1981	1980				1981				1982		
			I	II	III	VI	I	II	III	IV	I	II	III <sup>1)</sup>
Beschäftigung	1,3	-0,4	2,0	1,8	1,4	0,9	0,2	-0,2	-0,5	-1,0	-1,4	-1,7	-2
Bruttolöhne und -gehälter	8,1	4,6	8,5	8,4	8,4	7,1	4,5	4,9	4,9	4,1	3,9	1,5	1,5
Durchschnittseinkommen	6,6	5,0	6,3	6,5	7,0	6,2	4,3	5,1	5,5	5,1	5,4	3,3	3,5

1) Schätzung, gerundet.  
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

schlüssen der diesjährigen Lohnrunde zuzuschreiben, zum anderen haben hierzu verzögerte Zahlungen und Sonderregelungen im Rahmen des neuen Lohn tariffs beigetragen. Auffällig ist die mit 0,7 vH äußerst geringe Zunahme der Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die sich auch im Verkehrsbereich (+ 1,9 vH) niedergeschlagen hat. Nach den Tarifvereinbarungen ist hier in den ersten beiden Monaten der Laufzeit (März und April) nur eine einmalige Pauschale von 40 DM gezahlt worden, für Beamte ist die Besoldungserhöhung bis August zurückgestellt worden. In den meisten anderen Wirtschaftsbereichen lag der Anstieg der Einkommen je Beschäftigten beim gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt oder leicht darüber. Deutlich überdurchschnittliche Einkommenserhöhungen waren in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 5,4 vH), in der Energiewirtschaft sowie im Geld-, Bank- und Versicherungswesen (je + 5,2 vH) zu verzeichnen.

Insgesamt war im Berichtsquartal der relative Anstieg der effektiven Individualeinkommen geringer als die tarifliche Veränderungsrate; die Lohn drift war negativ. Bei Arbeitern (- 1,5 vH) war dies stärker ausgeprägt als bei Angestellten (- 0,9 vH). Die Lohnstückkosten sind in der Gesamtwirtschaft nur wenig (1,2 vH) höher gewesen als ein Jahr zuvor, im verarbeitenden Gewerbe sogar um 0,3 vH niedriger.

**Ausblick**

Nachdem es nach der Jahresmitte nicht zu der vielerorts erwarteten konjunkturellen Besserung, sondern sogar zu erneuten Nachfrage- und Produktionsrückgängen gekommen ist, hat sich die Lage am Arbeitsmarkt im Herbst dramatisch verschlechtert. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich verstärkt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist steiler geworden. Saisonunüblich ist die Arbeitslosenzahl im September – auf 1,82 Millionen – gestiegen, der Vorjahresabstand vergrößerte sich wieder auf 564 000. Saisonbereinigt entspricht das fast zwei Millionen Arbeitslosen. Im Jahresdurchschnitt 1982 tendiert die Arbeitslosigkeit auf die Größe von 1,9 Millionen. Für den kommenden Winter ist zu befürchten, daß in der Saisonspitze die Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen erreicht oder überschritten wird.

Der Rückgang der Beschäftigung wird sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich verstärken. Im dritten Quartal wurde der Vorjahresstand um 2 vH unterschritten, im Jahresdurchschnitt 1982 wird der Rückgang ebenso stark sein. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird in der zweiten Jahreshälfte die im zweiten Vierteljahr registrierte Zuwachsrate von 1,5 vH kaum übersteigen, so daß im ganzen Jahr 1982 die Summe der Arbeitnehmereinkommen den Vorjahresstand nur noch um 2 vH übertreffen dürfte.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,-.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,-.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,-.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,-.
- Heft 62 **Berechnung des industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,-.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,-.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,-.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Holsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,-.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage.** Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,-.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,-.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 8 29 11 – Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung.* Bearbeitet von Ellen Kirner. –  
*Nur noch geringe Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme.* Bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.  
Zuzüglich Versandkosten.